

006 K 036/21



## AMTSGERICHT SOLINGEN

### BESCHLUSS

**Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am**

**Mittwoch, 29.10.2025, 09:00 Uhr,  
im Amtsgericht Solingen, Goerdelerstr. 10, Saal 106**

der im Grundbuch von Wald Blatt 1907 eingetragene Grundbesitz

Grundbuchbezeichnung:

1.Lfd. Nr. 1 Flur 54 Flurstück 22 Gebäude- und Freifläche  
Behringstraße 25  
groß 376 qm

2.lfd. Nr. 2 Flur 54 Flurstück 21 Gebäude- und Freifläche  
Behringstraße 27  
groß 376 qm

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um 2 Dreifamilienhäuser, ausgeführt als Doppelhaushälften, fiktives Baujahr 1987, Ursprungsbaujahr 1903, jeweils mit rund 190 m<sup>2</sup> Wohnfläche, beide Dreifamilienhäuser mit einer unterkellerte Garage, das Ganze in dem Bewertungsbaujahr entsprechender mittlerer bis guter Ausführungs- und Ausstattungsqualität jeweils auf einem regelmäßig geschnittenen Grundstück mit Gehweganteil.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 19.05.2021 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf zu1.: 415.000,- EUR - Flurstück 22, zu 2.: 310.000,- EUR - Flurstück 21 - Wertermittlungstichtag: 25.07.2023 - festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Antragsteller widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Solingen, 03.04.2025